

Hände weg von den Sparkassen



Dipl.-Finanzwirt **Achim Kaschny**
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der SPD-Landtagsfraktion für die
Bereiche Haushalt, Finanzen und
Haushaltskontrolle

Am 19. Juli 2005 ist die Staatshaftung für das Sparkassengeschäft in Gestalt von Anstaltslast und Gewährsträgerhaftung entfallen. Die Spar-

kassen haben sich hierauf in den vergangenen drei Jahren intensiv vorbereitet z.B. durch sparkasseninterne Fitnessprogramme, verstärkte Kooperationen und Fusionen und durch neue Produkte. Sie sind stärker und leistungsfähiger geworden und brauchen den Wettbewerb nicht zu scheuen. Bereits jetzt profitieren lokale Wirtschaft, Bürgerschaft und kommunale Träger von diesem Modernisierungsprozess. Dieser Weg muss verstärkt fortgesetzt werden.

Im Herbst 2004 entfachte jedoch die CDU-Landtagsfraktion mit ihrem damaligen Sprecher eine neue Privatisierungsdebatte. Seitdem wird der nordrhein-westfälische Finanzminister (damals noch in anderer Rolle) nicht müde, das Gegenteil zu behaupten. Aber einmal entfacht ist die Debatte natürlich da.

Die SPD hat das Thema aufgegriffen, am 2. Mai 2005 das "Duisburger Signal" dagegen gesetzt und in einer landesweiten Kampagne erklärt: Mit uns gibt es keine Privatisierung der Sparkassen!

Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungskoalitionen dann doch auf eine "Modernisierung des Sparkassenrechts in NRW" festgelegt, insbesondere die Möglichkeit von Ausschüttungen. Was auch immer das hei-

ßen mag, darauf legt sich Finanzminister Dr. Linssen nach wie vor nicht fest. Er sammelt erst alle Möglichkeiten und Vorschläge, hat er in mehreren Debatten im Landtag erklärt.

Die dadurch entstehende Unsicherheit haben einige genutzt, um im Trüben zu fischen. Die von dem Düsseldorfer OB zur Unzeit angestoßene Debatte um einen Zusammenschluss seiner Sparkasse mit der WESTLB AG ist glücklicherweise im Sande verlaufen. Der Vorstandsvorsitzende der WESTLB AG nennt sie einen "bilanzwirtschaftlichen Unsinn". Die Frage des direct-banking steht aber nach wie vor im Raum, insbesondere, weil uns die Südländer Bayern und BW vormachen, wie man in anderen Revieren grasen kann, ohne sein eigenes Nest zu beschmutzen.

Bisher hat es über unsere Sparkassen und über das Sparkassenrecht einen breiten politischen Konsens gegeben. Für uns Sozialdemokraten sind als Eckpfeiler unverzichtbar: Sparkassen müssen Anstalten des öffentlichen Rechts bleiben. Die kommunale Einbindung ist und bleibt unverzichtbarer Bestandteil in den Kommunen. Sparkassen stehen für das Regionalprinzip. Der öffentliche Auftrag der Sparkassen muss erhalten bleiben. Die Nähe zur Kommune, zur lokalen Wirtschaft und zur Bürgerschaft vor Ort müssen unsere Besonderheit und unsere Stärke bleiben. Selbst aus der Strategietagung der bundesdeutschen Sparkassenlandschaft am 7. November in Berlin ist ein anderes Signal nicht zu vernehmen. Regional verankerte und verantwortliche Sparkassen setzen ein notwendiges Korrektiv in einer globalisierten Finanzwelt. Wir setzen auf eine Modernisierung und Stärkung der Sparkassen in ihrer bisherigen Verfasstheit. Bisher sehen wir keine Notwendigkeit, unser gerade in hohem Konsens geschaffenes modernes Sparkassengesetz zu ändern.

Neue Kultur oder Mogelpackung?

Die neue Landesregierung hat zwar keinen Kulturminister, dafür aber einen Leiter der Staatskanzlei, der gleichzeitig für die Kultur zuständig ist. Viele der Aussagen des neuen Staatssekretärs können die Kommunen und ihre Kulturpolitiker zunächst unterstützend entgegen nehmen.

Dazu gehört, dass die neue Landesregierung eng mit den Kommunen als Partner zusammen arbeiten, den Landeskulturförderetat verdoppeln, und Planungssicherheit, da wo sie notwendig wird (z.B. bei der regionalen Kulturpolitik oder kommunalen Theaterförderung) über mehrere Jahre hinweg geben will.



Claudia Nell-Paul, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion sieht diesen Ankündigungen ebenso wie der neue Kulturausschussvorsitzende, Dr. Fritz Behrens, zwar wohlwollend, aber mit kritischer Distanz entgegen.

Man werde sehen, ob die finanziellen Versprechungen, ca. 70 Mio. Euro mehr im Kulturförderetat einzustellen, eingehalten werden und wofür das zusätzliche Geld verwendet werden soll. „Mogelpackungen“ könne man in diesem Land auf keinen Fall gebrauchen!

Sportpauschale: Betroffene einbeziehen SPD-Sportpolitiker appellieren an Kommunen



Mit der Einführung der Sportpauschale im Jahr 2004 wurde eine Neuorientierung der Sportförderung des Landes eingeleitet, bzw. fortgesetzt.

Wesentliches Merkmal der Veränderung ist die stärkere Verantwortung der kommunalen Ebene für die Entwicklung des Sports im Land.

Hans Theo Peschkes MdL, Sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion bittet gemeinsam mit den Mitgliedern seines Arbeitskreises, Kommunalpolitiker/innen bei

ihren Beratungen in den Kommunen, vor der Verwendung der Sportpauschale, Sportakteure vor Ort ausreichend zu informieren und in den Planungsprozess mit einzubinden. Ein transparenter und sportgerechter Einsatz der Sportpauschale sei dringend notwendig. Bei der vom Landessportbund durchgeführten Umfrage zur Verwendung der Mittel gaben die Befragten an, dass zu 75,1% die Mittel entsprechend den Vorgaben eingesetzt wurden. Im Vergleich der Regierungsbezirke ist festzustellen, dass mindestens zu 64,3% (RP Münster), höchstens zu 83,3% (RP Detmold) die Sportpauschale entsprechend den vorgegebenen Bedingungen eingesetzt wurde.

Auf die Idee müssen Taten folgen! - Familienzentren in NRW

von **Barbara König**

Die neue NRW-Landesregierung setzt familienpolitische Akzente: Demografie-Minister Armin Laschet will schon 2006 in jedem der 173 Jugendamtsbezirke mindestens ein Familienzentrum gründen. Perspektivisch soll jede Kindertagesstätte zum Familienzentrum werden, indem sie neben der Bildung und Betreuung von Kindern auch Beratung und Kurse für Eltern durchführt oder Tagesmütter vermittelt. Wenn Laschet einen schnellen Erfolg will, kann er einfach das Türschild an den Einrichtungen austauschen, die bereits als Familienzentrum arbeiten. Die Idee ist nämlich keinesfalls neu. Spätestens seit der Etablierung sozialräumlicher Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe werden in benachteiligten Stadtteilen Kitas (und auch Schulen) als Anlaufpunkt für Familien genutzt. Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt zum Beispiel, die in ihren Kindergärten häufig Kinder mit Migrationshintergrund und/oder aus bildungsfernen Familien integrieren, heißen dann "Kinderhäuser" oder "Häuser für Kinder und Familien". Dort treffen sich türkische Mütter zum Frühstück oder nehmen Sprachkurse wahr, Erzieherinnen kooperieren mit Kinder- und Jugendärzten oder Sozialarbeitern aus dem Stadtteil und ein reges Vereins- und Stadtleben findet rund um die Kita statt.

Gute Konzepte gibt es also schon viele, Perspektiven für die finanzielle Umsetzung dagegen wenige. Es ist gut, dass die Landesregierung die "gute Praxis" jetzt in die Fläche tragen will. Vorher müssen aber die Voraussetzungen stimmen: Welche zusätzlichen personellen, finanziellen und zeitli-

chen Ressourcen gibt es und wie sehen die Kriterien und Finanzquellen aus? Denn: Wenn sich die Leiterin eines neuen Familienzentrums die Mittel für die Kleinkindbetreuung, die Vermittlung von Tagesmüttern, den Sprachkurs für die türkischen Mütter und vielleicht die Sozialberatung für die russischen Spätaussiedler aus jeweils unterschiedlichen Töpfen und bei unterschiedlichen Ämtern beantragen muss, wird sie für die eigentlichen Leitungsaufgaben keine Zeit mehr haben. Genau dieses Dilemma kennen alle Familienzentren, die es zur Zeit schon gibt.

Der Neuigkeitswert von Familienzentren läge in NRW also nicht bei der bloßen Idee, sondern bei der klaren Ausgestaltung sowie der transparenten und ausreichenden finanziellen Förderung. Wir dürfen gespannt sein, was Minister Laschet bis Ende des Jahres dazu noch bieten kann, wenn zum 1. Januar 2006 das erste Familienzentrum ans Netz gehen soll.



Barbara König (36) ist Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie e.v. (ZFF), das 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet wurde. Das ZFF vertritt eine demokratische und solidarische

Politik für die Vielfalt der Familie und will Familien und deren Interessen in Fachpraxis, Wissenschaft und Politik stärken. Weitere Infos unter: www.zff-online.de



Frauenpolitik im Rückwärtsgang



Die CDU-Landesregierung weiß oft nicht so recht, was sie will, aber bei der Frauenpolitik wird es eindeutig: Hier schaltet sie den Rückwärtsgang ein.

„**Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familie werden**“ so ein CDU-Antrag im Landtag NRW. Klar wird allerdings, dass hier nicht mehr die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund stehen, sondern dass es eher eine "Notversorgung" für die Kinder geben soll, wenn "Frau" denn schon arbeiten geht. Und ganz klar wird der Gang weg von der Trägervielfalt, d.h. ohne die Unterstützung der kommunalen Träger. Unklar bleibt insgesamt die Finanzierung und welches Ziel das Ganze verfolgt.

Die „**Regionalstellen Frau und Beruf**“ werden mit einer Art Salamitaktik abgeschafft. So kann man den zuständigen Minister, aber auch die Wirtschaftsministerin verstehen, wenn es darum geht, ehemalige Zuständigkeiten der Regionalstellen auf die Kammern zu verlagern und das mit dem Begriff Bürokratieabbau zu verbrämen. Für das Jahr 2005 sind im Landeshaushalt Zuschüsse an die Gemeinden in Höhe von rd. 3,4 Mio Euro vorgesehen mit denen rund 46 Regionalstellen an 51 Standorten gefördert werden. Im vergangenen Jahr haben die Regionalstellen 80.000 Frauen mit Informationen, Beratungen und Qualifizierung unmittelbar erreicht. Die Regionalstellen und die sie tragenden Kommunen können nur

dann ihre erfolgreiche Arbeit im Jahr 2006 fortsetzen, wenn sie eine kurzfristige Planungssicherheit auf die Landesfinanzierung erhalten.

„**Kommunale Gleichstellungsbeauftragte**“ werden es in Zukunft schwer haben, da nach Meinung der Landes-CDU, aber auch vieler CDU-geführter Kommunen „Frauenförderung“ in der bisherigen Form überflüssig geworden ist. Auch hier werden kommunale Frauenpolitiker/innen ein waches Auge haben müssen.

„**Wehret den Anfängen**“ so die Meinungen von Gerda Kieninger MdL, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Fischer, MdL, ehemalige Frauenministerin sowie der anderen Mitglieder des Frauen-Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion. Sie werden sehr genau die Beratungen und die tatsächlichen Entwicklungen im Land und den Kommunen verfolgen und entsprechend reagieren. Dazu benötigen sie Unterstützung und Hilfe von Betroffenen.

Die SGK ist an kommunalen Erfahrungen mit den beschriebenen oder anderen frauenpolitisch relevanten Themen interessiert und bittet die Akteure vor Ort, diese Informationen weiterzugeben.

Kontakt:

E-Mail: johanne.fuchs@sgk-nrw.de
Telefon: 0211-876747-12

Die Ergebnisse der Befragung des Landessportbundes und weitere Infos siehe unter: www.wir-im-sport.de/Sportentwicklung und im SGK-Internet [www.sgk-nrw.de/Service,Infos & Links/Themenportal/Kultur,Sport,Freizeit](http://www.sgk-nrw.de/Service,Infos%20&%20Links/Themenportal/Kultur,Sport,Freizeit)